

Sozialistische Zeitung

♦ Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens ♦

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die doppelseitige Seite, außerhalb 0,15 Zl. Anzeigen unter Text 0,60 Zl. von außerhalb 0,80 Zl. Bei Wiederaufholungen iatologische Ermäßigung.

Abohement: Vierzehntägig vom 16. bis 31. 5. cr. 1,65 Zl. durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Katowic, Beatestraße 29, durch die Filiale Kościuszki, Körprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteurte.

Redaktion und Geschäftsstelle: Katowic, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postkonto P. L. O., Filiale Katowic, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Katowic: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Friede in Rumänien?

Erläuterungen Bratianus und Ducas — Keine Zugeständnisse an die Bauernpartei — Carols Rückkehr ausgeschlossen

Bukarest. Im Club der Liberalen Partei gab Ministerpräsident Bratianu eine Erklärung ab, in der er einleitend darauf hinwies, daß das Parlament in nächster Zeit die Stabilisierungsvorlage verabschieden werde. Bratianu kam dann auf die innerpolitische Lage zu sprechen und erklärte, im Laufe gingen Dinge vor, gegen die sich die Regierung stellen müsse. Was in London geschehen sei, beweise, wie recht König Ferdinand gehandelt habe, als er den bekannten Beschluß in der Angelegenheit Carols trat. Bedauerlich sei es, daß die Nationale Bauernpartei in dieser Frage keine eindeutige Haltung einnahme. Ebenso bedauerlich sei auch die von dieser Partei in Karlsburg geprägte Entschließung.

Innenminister Ducea hat eine Erklärung an alle Parteiorganisationen gerichtet, in der festgestellt wird, daß die Nationale Bauernpartei sich durch ihre Entschließung in der Karlsburger Versammlung gegen das Parlament und die Verfassung gerichtet habe. Ihr Ziel sei, diese Einrichtungen zu beseitigen, was einer Diktatur des Proletariats gleichkomme. Die Regierung könne der Partei auf diesem Wege nicht weiter folgen. Die unglückliche Haltung des früheren Thronfolgers habe König Ferdinand und die verfassungsmüfigen Faktoren gezwungen, Maßnahmen zu treffen, um die normale Nachfolge auf den Thron zu sichern und die Dynastie vor jeder Gefahr zu schützen. Das ganze Land habe Verständnis für diese Frage, nur die Nationale Bauernpartei nehme dabei eine merkwürdige Haltung ein.

Frankreich zum Berliner Besuch Dr. Benesch

Paris. Der bevorstehende Besuch des tschechoslowakischen Außenministers in Berlin, der nach den Mitteilungen des "Paris Soir" trotz der Extratragung Stresemanns erfolgen wird, läßt in den Kreisen der Anhänger der Kleinen Entente lebhaftes Interesse aus und gibt zu Kommentaren Anlaß, in denen Benesch verdächtigt wird, Pläne zu haben, die gegen die Interessen der Kleinen Entente gerichtet seien. Der "Temps" erklärt demgegenüber, daß man dem Besuch Benesch in Berlin vom internationalen Standpunkt aus, keine allzugroße Bedeutung beimessen solle, obwohl es das erste Mal sei, daß sich Benesch in Berlin aufzuhalten werde. Es wäre ein Fehler, zu glauben, daß die Prager Regierung an irgendeine Änderung ihrer Politik denkt; der Rest lägen vielmehr lediglich wirtschaftliche Interessen zugrunde. Vom allgemeinen Gesichtspunkt aus, sei die Politik der Tschechoslowakei identisch mit jener der Kleinen Entente. Dies erkläre sich schon dadurch, daß man in Prag einer wirtschaftlichen Donau-Entente grundsätzlich wohlwollend gegenübersteht.

Übersicht, da dadurch Österreich die Möglichkeit gegeben würde, aus eigenen Mitteln zu leben und damit die Auseinandersetzung beendet werden könnte. Wie wenig die Tschechoslowakei an eine Revision des Trianon-Vertrages denkt, bewiesen am besten Neuerungen des tschechoslowakischen Gesandten in Paris, Hrustch, der vollkommen klar zu verstehen gegeben habe, daß die Tschechoslowakei nicht gewillt sei, auch nur ein Stückchen Land abzutreten. "Paris Soir" gibt der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Außenminister der Kleinen Entente auf ihrer bevorstehenden Besprechung über eine einheitliche Haltung gegenüber den von Rom und London unterstützten diplomatischen Angriffen gegen "Petit Parisien" stellt fest, daß er von Lord Rothermere eingeleitete Feldzug für eine Revision des Trianon-Vertrages in Großbritannien starke Fortschritt gemacht habe. Es sei zu hoffen, daß die Konferenz der Kleinen Entente dieser Propaganda jede Grundlage nehme.

Chamberlain — der „Friedensapostel“

London. Sir Austen Chamberlain und Frau waren am Donnerstag Gäste der Stadt Glasgow, wo dem Außenminister der Ehrenbürgerschaft der Stadt überreicht wurde. Bei der Feier erklärte der Oberbürgermeister, der Völkerbund habe niemals einen begeisterteren und loyaleren Minister besessen, als Sir Austen Chamberlain. Wenn er die Person des Außenministers mit einigen Worten würdigen sollte, so würde er dies mit den Worten „Der Friedensapostel“ tun. In seiner Erwiderung gab Chamberlain einen kurzen Abriss der britischen Außenpolitik bis zum Abschluß der Locarnoverträge.

Er erklärte dabei u. a., daß noch ein langer Weg zu gehen sei. Aber schon jetzt könne man das Ergebnis des großen Werkes des Wiederaufbaus sehen. Deutschland und Frankreich arbeiten zusammen, um die Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Ländern aus dem Wege zu räumen. Was das Verhältnis zwischen Großbritannien und anderen Ländern angehe, so müsse man sich darüber klar sein, daß, was es auch immer für Gegenstände geben möge, keine Meinungsverschiedenheit die Kosten eines Krieges wert sei. In der Wahrung des Friedens liege die Sicherheit der britischen Nation und ihrer Zivilisation.

Japan gibt Peking und Tientsin auf

Die gestörte Zusammenarbeit der Mächte.

Tokio. In Japan wird allgemein eine neue ernste Verschärfung der Lage in China erwartet. Freitag findet ein außerordentlicher Thronrat statt, der über das weitere Verhalten Japans gegenüber China beraten soll. Peking und Tientsin sind von Japan nahezu vollkommen aufgegeben worden. Jetzt dreht sich die Sorge um die Stellung Japans in der Mandchurie. Die japanische Militärpartei fordert, daß die Mandchurie und die Mongolei für neutrale Zonen erklärt werden und verlangt energisch, daß der Vormarsch der Süstruppen trotz der Gefahr kriegerischer Verwicklungen durch die japanische Heeresmacht verhindert wird.

Der japanischen Einwohner Nordchinas hat sich eine ungewöhnliche Aufregung bemächtigt. Die Militärbehörden haben die Zivilisten vor bestimmten Sammelpunkten, so in Peking im Geschäftsviertel und in Tientsin in der Konzession konzentriert. Zwei Dampfer mit japanischen Flüchtlingen haben bereits Tientsin verlassen. In den Kreisen der übrigen Ausländer wird die Lage trotz des Heraufmarsches der Truppen verhältnismäßig ruhig betrachtet. Angesichts des japanischen Rückzugs auf Peking und Tientsin ist dort eine scharfe Agitation aufgesamt. Fälle der Bemächtigung der von Japanern stehen jedoch vereinzelt da. Die Regierung in Tokio zeigt sich über die Zusammenarbeit der Mächte gegenüber China besonders beunruhigt.

Die „Italia“ auf der Rückfahrt

Rom. Nach einem Funktelegramm vom Bord der "Italia", befindet sich das Passagierschiff seit Mittwoch 23.30 Uhr auf dem Rückflug von Nowaja Semelja nach Kingsbay.



Filchners Expedition beendet

Aus Nordindien kommt die Nachricht, daß der deutsche Forscher Wilhelm Filchner (im Bilde), der vor längerer Zeit bereits einmal totgesagt war, seine Expedition durch Tibet erfolgreich beendet hat. Die Forschungsreise bezweigte erdmagnetische und astronomische Messungen sowie kartographische Aufnahmen unbekannter Teile Tibets.

Der Schachth-Prozeß

Es ist das Unglück des „sozialistischen Sowjetstaates“, daß er sich selbst von der proletarischen Bewegung der Welt abschließt und die Beurteilung seiner inneren und außenpolitischen Lage nur den Korrespondenten der bürgerlichen Presse überläßt. Bisher ist es noch keiner sozialistischen Partei gelungen, für ihre Presse eigene sozialistische Korrespondenten nach Russland zu entsenden. Und so ist es auch verständlich, daß sich die sozialistische Presse bei ihrer Kritik über russische Verhältnisse nicht allein auf die Berichterstattung bürgerlicher Blätter beziehen kann, sondern auch Quellen der sozialistischen Emigration benutzt, die nicht immer russischen Verhältnissen gerecht sein mögen. In den kommenden Tagen wird nun Russland wiederum der Schauplatz von Sensationen sein, da sich vor den Augen der Welt jener Prozeß wegen der Industrie-Sabotage abspielen wird, den die Herrscher des Kremls mit agitatorischer Fertigkeit aufgezogen haben. Aber selbst die eingehendste Berichterstattung wird darüber nicht hinwegtäuschen können, daß es etwas faul im kommunistischen Staat ist und daß man propagandistische Mittel bedarf, um das Vertrauen der arbeitenden Massen Russlands, zu ihrem Staat wieder zu beleben. Daraus darf aber den Sowjeten kein Vorwurf gemacht werden, bedienen sie sich doch der gleichen Mittel, um die Volksstimme zu heben, wie wir dies auch in allen anderen Ländern erlebt haben. In Oberschlesien hat man einen Volksbundprozeß inveniert, im übrigen Polen einen Prozeß gegen den Deutschtumsbund, in Weißrussland Prozesse gegen angebliche Staatsumstifter und wo es an sonstigen Behelfen fehlt, müssen die Kommunisten herhalten. Und nicht nur in Polen „hebt“ man sie die Volksstimme, sondern auch anderwärts. Mussolini zum Beispiel versteht sich musterhaft auf Attentate, England auf Fälschung von Sino-verbündeten und die Franzosen haben ihren Autonomistenprozeß in Elsaß, wo man eben bemüht ist, die sinnende „Volksstimme“ für das „liebe“ Vaterland zu erhalten. Darum ist es wohl auch gerecht, wenn sich solcher Mittel auch ein proletarischer Staat bedient, die „Diktatur über dem Proletariat“ damit zu decken verucht.

Der „Schachth-Prozeß“, der am 18. Mai in Moskau beginnt, soll der russischen Arbeiterklasse beweisen, mit welchen Schwierigkeiten der proletarische Staat zu kämpfen hat, um sich zu erhalten. Er kommt der Sowjetunion gelegen, denn es ist nicht mehr zu verdecken, daß selbst nach der Entfernung der Opposition, die Krise im Kremlin fortduert und daß der allgewaltige Stalin seinen Kurs ganz im Sinne der Opposition eingeschlagen muß. Nach dem Abbruch der Beziehungen Englands zu Russland ist diese Krise latent geworden; der russische Staat ist isoliert. Zu der außenpolitischen Krise gesellen sich die Schwierigkeiten im Innern, der Kampf gegen die „Kulaken“ und Bauern, die nicht mehr die nötigen Mengen an Getreide abliefern wollen, die neue Bourgeoisie konsolidiert sich, man muß sie erhalten, um im Ausland den Boden für kommende Kapitalinvestitionen zu sichern. Aber die Lage der Arbeiter wird nicht besser, besonders die Bergarbeiter im Donetzgebiet murren und da war eine Abweichung von Nöten. Man hande sie in der angedachten Sabotage einiger Leiter und Spezialleuten, den Fachmännern der Betriebe, denen die Werke entwendet sind. Nun fand auch hier die Tscheha einen Ableitungskanal für die Unzufriedenheit, man entdeckte, daß seit Jahren eine riesige Sabotageorganisation am Werk sei, die die Betriebe an ihrer Entwicklung hindert, die besten Kohlenader unausbeutet läßt und sie angeblich für die kommenden Besitzer sicher. Diese Sabotageorganisation soll von ausländischen Kapitalisten mit allen Mitteln unterstützt werden, die Sabotage soll einen bedenklichen Umfang angenommen haben. Und wie das ja bei der Arbeit der Tscheha immer gelingt, wie eben durch Spionagearbeit bei ähnlichen Prozessen, daß alles durch Zeugen bewiesen wird, so haben auch hier die Verhaftungen zu Geständnissen der Angeklagten geführt. Einige Hundert Ingenieure und sonstige Spezialisten sind verhaftet worden, die Anklage ist auf 50 Personen zusammengezurück, lauter Russen, die geständig sind, die einen mehr, die anderen weniger. Hinzu kommen noch einige deutsche Ingenieure, denen als Leiter der gleiche Vorwurf gemacht wird. Nicht die Personen interessieren hier, sondern der Umstand, daß die Anklage gerade jetzt in der schwierigen innerpolitischen Situation erhoben wird, für Fälle, die schon einige Jahre zurückliegen sollen.

Es wäre verfehlt, den ganzen Prozeß als eine Machination zu bezeichnen. Denn jeder objektive Beobachter weiß, daß Bestrebungen am Werk sind, die mit allen Mitteln das heutige System in Russland stürzen wollen. Eines der Mittel, um Russland immer neue Schwierigkeiten zu bereiten, ist die Industriesabotage und damit verbunden die Berichterstattung über wirtschaftliche Vorgänge in der Sowjetunion, die ja in Form von Spionage von fast allen Staaten betrieben wird. Daß eine falsche Berichterstattung zur Schädigung der Sowjetunion führt, ist selbstverständlich, denn das Privatkapital will nicht größere Investitionen machen, als ihm Gewinne bevorstehen. Und daß die russische Emigration und besonders die früheren Besitzer der frag-

lichen Industriezweige alle Ursache haben, solche Sabotageorganisationen im Lande selbst zu unterhalten und sie mit Mitteln zu unterstützen, dürfte durchaus verständlich sein. Niemand wird darum der Sowjetunion einen Vorwurf daraus machen, daß sie sich gegen fremde Einflüsse schützen will, um so mehr, als gleichzeitig die Behauptung aufgestellt wird, daß diese Sabotageorganisation nur die Vorbereitung zur Intervention fremder Mächte ist, weiter im Kriegsfalle die Aufgabe hat, die Werke ganz brach zu legen, also neue Unterwühlungen Russlands durchzuführen. Nach allem, was man durch die bürgerliche Presse über den Verlauf des Schachtyprozesses erfahren konnte, wird auch nicht bestreiten, daß eine solche Sabotageorganisation bestanden hat.

Nun sieht das Bürgertum, daß seine Sabotageakte entdeckt sind und erhebt ein Geschrei, daß die „rote“ Justiz nun Klassenurteile gegen fremde Ingenieure und Mitarbeiter vollziehen wolle. Demgegenüber ist festzustellen, daß es in allen bürgerlichen Staaten ohne Ausnahme keine andere, als Klassenjustiz gibt. Jeder einzelne Prozeß liefert hierzu Beispiele genug und warum soll denn Sowjetrussland eine Ausnahme machen, wo es sich nicht nur um die Sabotageakte allein, sondern um die Erhaltung des proletarischen Staates handelt. Man mag zu den russischen Verhältnissen stehen wie man will, jedenfalls ist der russische Staat als proletarische Organisation da und alle Arbeiter haben das größte Interesse daran, daß er bestehen bleibe, eben als Schreck und Bollwerk gegen die bürgerliche Klassenwelt. Dass dieser proletarische Staat demokratische Entwicklungsschritte annehmen muß, unterliegt keinem Zweifel. Aber alle anderen Staaten machen sie ja gleichfalls durch, ohne von außenher dazu getrieben zu werden und auch Russland braucht diese Entwicklung von Innen heraus und nicht durch Zwangsschritte von Außen, die ihm auferlegt werden, weil dort eine neue Staatsform in der Entwicklung begegnet ist. Und hierbei darf nicht unbeachtet werden, daß das ganze Getriebe des Staates heut noch in den Händen der früheren Machthaber gelegt ist, das heißt Personen, die dem Zarenamt und seinem System gedient haben, heute der Not gehorchen, dem bolschewistischen System dienen. Ist es da ein Wunder, daß die Sowjetleute doppelt misstrauisch sind? Aus dieser Situation heraus, sind auch die Vorgänge nur zu verstehen und unter diesen Gesichtspunkten die Lage zu beurteilen. Dass es die Sowjetbeherrschter verstehen, aus dem Prozeß für die Festigung ihres Staates Vorteile zu ziehen, ist ihr gutes Recht, weil es eben die anderen Staaten auch nicht anders machen. Jedenfalls wird dieser Prozeß wieder Gelegenheit geben, zu beweisen, daß die Sowjetunion da ist und alle Intrigen der bürgerlichen Welt nicht vermögen, sie zu besiegen. Und darum muß auch bei dieser Gelegenheit allen Bürgerlichen die proletarische Lösung entgegengehalten werden: Hände weg von Sowjetrussland! Wie alle anderen Staaten sich dagegen wehren, daß Außenstehende sich in ihre inneren Verhältnisse hineinmischen, das gleiche Recht steht auch dem proletarischen Russland zu.

Aber dieser Prozeß mag auch für die Sowjetbeherrschter eine Lehre sein, daß die „Diktatur über dem Proletariat“ ihre Entwicklung zum proletarischen Staat mehr hemmt, denn vorwärts treibt. In der heutigen Situation der Weltpolitik, kann sich Russland nicht selbst isolieren, es muß eine andere Entwicklung nehmen und es kann dies nur, indem es von der Diktatur abkehrt und zur demokratischen Entwicklung zurückgreift.

—II.

Eine sowjetrussische Weltfriedenskonferenz

Kowno. Aus Moskau wird gemeldet, daß dort auf Anregung von Sowjetorganisationen ein Kongreß zur Bekämpfung der Kriegsgefahr einberufen werden soll. Der Kongreß soll eine Antwort der Sowjetregierung auf den Antikriegspakt Kelloggs sein. Zu dem Kongreß sollen alle bedeutenden wissenschaftlichen Organisationen der Welt eingeladen werden. Den Vorsitz soll Kamenew führen. Moskau will mit diesem Kongreß beweisen, daß es weiterhin für die vollständige Ausrüstung eintritt.

Der geheimnisvolle Reiter

Roman von Zane Grey.
Verfasser von „Der Eiserne Weg“.

85)

Hier ergab sich eine unvorhergesehene Entwicklung. Was würde Jack Bellounds fordern? Wie würde Columbine diese Verschwörung gegen Wilsons Ehre und Freiheit aufnehmen? Wie würde Moore selbst darauf reagieren? Wade gestand sich, daß er nicht fähig sei, diese Fragen zu beantworten, und dann schien sich noch eine weitere Frage zu erheben, drohend und bedrohlich — wie sollte er selbst sich verhalten?

Er wartete in der Nähe des Weges, um Billings und Moore auf ihrem Wege zum Farmhaus abzupassen; und zu seiner Überraschung erschienen sie früher, als man sie vernünftigerweise erwarten durften. Wade trat aus den Weidenbüschchen hervor und hielt die Hand in die Höhe. Er sah nichts Ungewöhnliches in Moores Haltung und Miene.

„Es dürfte gut sein, Wils, die Sache zu besprechen“, sagte er.

„Was besprechen?“ fragte der Cowboy scharf.

„Nun, daß der alte Bill Sie holen läßt, und daß Sheriff Burley gekommen ist.“

„Da gibt es nichts zu besprechen. Erst mal sehen, was sie wollen, und dann besprechen. Sie erinnern sich an unsere Vereinbarung, Kamerad. ‘s ist noch nicht lange her.“

„Gewiß. Aber ich mache mir Sorgen, und vielleicht —“

„Deine Sorge um mich! Vornwärts“, unterbrach ihn Moore. „Ich möchte gern, daß Sie dabei sind. Läm, hol’ die Jungs.“

„Na sicher, und wenn du ‘ne Rückendeckung brauchst, wir sind bereit.“

Als sie das offene Gelände erreichten, bog Lem zu den Korallen ab, und Wade schritt neben Moores Pferd dem Hause zu.

Bellounds erschien auf der Schwelle, hatte offenbar das Geslappen der Huße vernommen.

„Hallo, Moore! Steigen Sie ab und kommen Sie herein“, sagte er barsch.

„Wenn es Ihnen nichts ausmacht, Bellounds, würde ich die Sache lieber im Freien erledigen“, antwortete der Cowboy lächelnd.

Schweres Autobusunglück bei Gießen

30 Personen verletzt

Gießen. Ein tragisches Ende nahm am Himmelfahrtstage ein Ausflug der Freien Turnerschaft „Tmei an der Lumeda“, die mit zwei Omnibussen eine Fahrt nach der Göttersperre unternommen wollte. An einer kurvenreichen Stelle zwischen Winnen und Leidenhofen versagte die Bremsvorrichtung eines der Wagen, so daß der Führer die Gewalt über den Wagen verlor. Dieser wurde über einen Graben und eine Anhöhe hinausgeschleudert, entwurzelte zwei starke Bäume und überschlug sich, so daß die Räder in die Luft rieten. Die Karosserie ging dabei vollständig in Trümmer. Die 30 Insassen des Wagens wurden sämtlich verletzt, am schwersten der Wagenführer, dem der Brustkorb eingedrückt wurde und ein 16-jähriger Mitfahrer aus Wiesbaden, der 1½ Stunden lang mit den Armen festgeklemt unter dem schweren Wagen lag. Die Verletzungen der übrigen Personen sind meist leichterer Natur. Der zertrümmerte Wagen wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt, bis die gerichtliche Tatbestandsaufnahme vorgenommen worden ist. Bei einer eingehenden sachmännischen Untersuchung des Getriebes wurden an der rechtsseitigen Bremsvorrichtung Veränderungen festgestellt, so daß ein Sabotageakt vermutet wird. Alles weitere muß die gerichtliche Untersuchung ergeben.



Eine peinliche Situation

Bei Brisbane (Australien) verunglückte kürzlich ein Auto, das — wie unser Bild zeigt — buchstäblich auf den Kopf gestellt wurde. Trotz des gefährlich aussehenden Sturzes kamen die Insassen ohne jede Verletzung davon.

Die wirtschaftliche Gegenrevolution

Einer Moskauer Meldung zufolge hat in Machatschkala (Dagestan) unter großem Andrang des Publikums ein aufsehenregernder Prozeß begonnen. Die Leiter der dortigen staatlichen Weinbaugesellschaft sind angeklagt, wirtschaftliche Gegenrevolution getrieben zu haben. Sie werden beschuldigt, in der Gesellschaft ausschließlich frühere Kaufleute, Industrielle und Offiziere untergebracht zu haben, die hauptsächlich in ihre Tasche arbeiteten und dadurch den Staat einen Schaden von zweieinhalb Millionen Rubel zugefügt hätten.

Wie aus Moskau gemeldet wird, haben im Dorfe Nowoje im Gouvernement Twer „Kulaki“ (Bezeichnung für reiche Bauern) das Haus des dortigen Dorfkorrespondenten Schiganow, der in den Blättern gegen die Kulaki gerichtete Artikel veröffentlichte, in Brand gestellt. Schiganow hat lebensgefährliche Brandwunden erlitten.

Direktoren ukrainischer Truste beseitigt

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Arbeiter- und Bauerninspektion eine Revision des Stahltrustes und des ukrainischen Eisentrustes eingeleitet. 6 Direktoren der Truste, die sich Veruntreuungen im Betrage von über 2 Millionen Rubel zufüllten haben können lassen, wurden ihrer Posten enthoben und sollen verhaftet werden.

673 Wahlvorschläge und 6208 Kandidaten zur Reichstagswahl

Berlin. Nach Feststellungen des Reichswahlleiters sind zu den kommenden Reichstagswahlen insgesamt 642 Kreiswahlvorschläge und 31 Reichswahlvorschläge, insgesamt 673 Wahlvorschläge zugelassen, gegenüber 485 Kreiswahlvorschlägen und 22 Reichswahlvorschlägen gleich insgesamt 507 Wahlvorschlägen bei den Reichstagswahlen am 7. Dezember 1924. Die Zahl der Wahlvorschläge ist mithin um fast ein Drittel gestiegen. Die Zahl der Bewerber beträgt auf den Kreiswahlvorschlägen 5672 (5224 männliche und 448 weibliche Bewerber), auf Reichswahlvorschlägen 536 (439 männliche und 48 weibliche Bewerber). Zur Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 waren 4716 Bewerber zugelassen, davon 4203 männliche und 513 weibliche Bewerber. Die Zahl der Bewerber ist mithin um 1492 gleich 36 v. H. gestiegen, hingegen die Zahl der weiblichen Bewerber um 22 gleich 4,3 v. H. zurückgegangen.



Heinrich Freese 75 Jahre alt

Der Zaloufiafabrikant Heinrich Freese in Berlin-Niederschönhausen, der bereits seit 1888 seine Arbeiter am Gewinn seines Unternehmens beteiligt und schon 1893 den Achtfundertstag in seinen Betrieben eingesetzt hat, vollendete sein 75. Lebensjahr.

könnten, das in seinen Augen aufflackerte, während er zuerst Wade und dann Moore mit scharzen Blicken musterte.

„Wils Moore. Wie geht’s? Ich kann mich noch recht gut an Sie erinnern, obgleich ich in den letzten Jahren nicht oft in diese Gegend gekommen bin.“

Der Cowboy erwiderte den Gruß recht höflich, aber kurz. Nun räusperte sich Bellounds und trat einen Schritt vor. Seine Haltung zeigte deutlich, daß er eine lästige Aufgabe zu erfüllen hatte.

„Moore, ich habe Sie holen lassen, in einer ernsten Sache, wie ich zu meinem Bedauern sagen muß.“

„Ho, hier bin ich. Worum handelt es sich?“ erwiderte der Cowboy, die hellen, braunen, flammenden Augen fest auf den Farmer gerichtet.

„Ja, wie Sie wissen, ist jetzt Bormann auf White Slides. Und er hat eine Beschuldigung gegen Sie erhoben.“

„Dann soll er sie mir ins Gesicht tragen“, rief Moore scharf.

Jack Bellounds kam näher, die Hände in den Taschen, sehr gespannt, ja, sogar ein wenig prahlreich; aus seinem blassen Gesicht und aus den frechen Augen sprach der Ernst der Situation und sein Gefühl der Macht.

Wade beobachtete diese Begegnung zwischen den beiden Nebenbühlern und Feinden mit einer Aufmerksamkeit, die durch Bellounds scharfen, forschenden Blick, mit dem er die Szene musterte, noch beträchtlich gesteigert wurde. Jack sprach nicht sogleich. Er starrte in das straffe Gesicht des Cowboys. Wade sah, wie ein Zittern durch Jacks Körper lief und ein unruhiges Funkeln in seine Augen sprang, ein Beweis, daß er nicht völlig Herr war über das Freudengefühl befriedigter Rache.

„Nun, Rüpel-Jack, wie lautet Ihre Beschuldigung?“ fragte Moore ungeduldig.

Der alte Name, der Jack Bellounds so scharfen Tones ins Gesicht geschleudert wurde, schien seine Wut zu entzünden. Aber er hielt sich zurück, während er mit raschem Blick Moores Gestalt überflog und nach einer Waffe suchte. Der Cowboy war unbewaffnet.

„Ich beschuldige Sie, meines Vaters Kinder gestohlen zu haben,“ erklärte Jack in leisem, heiseren Tone. Nachdem die Worte von seinen Lippen waren, schluckte er krampfhaft.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Was macht der 8-Stundenstag?

Bon einem Arbeiter wird uns geschrieben: Es geht nicht mehr an, über alles, was man über den 8-Stundenstag hört, zu schweigen. Bekanntlich haben wir unsere Ruhe beibehalten, selbst als wir über den Monat April nicht wesentliche Überleitungen wahrnehmen mussten. Wir haben aber in den verschiedenen Konferenzen als Delegationsmitglieder der Tarifgemeinschaft festgestellt, daß der Demobilisierungskommissar Herr Ing. Gallot absolut zuversichtlich uns den Überleitungsplan vorgelegt hat. Nicht nur die Delegationsmitglieder, aber auch die Gewerkschaftsführer haben bei ihren Versammlungen und bei Konferenzen mit Betriebsräten stets mitgeteilt, daß die Überleitung ordnungsgemäß Platz greift. Herr Ing. Gallot, ein Mann vom Wort, hat wenigstens zugesagt, daß die neue Überleitung mit dem 15. Mai 1928 beginnt. Da wurden vom Herrn Ing. Gallot, wie wir es zum Teil selbst und zum Teil von den Gewerkschaften gehört haben, folgende Gruppen genannt: Glühereien, Eisen- und Metallformereien und Gießereien, Pulverreien und Schleiferien, Gaszentralen, Gasreiniger, Bohrer und Kettenfabrikation der Baldonhütte, Schrauben- und Rüttelfabrik, Ferrum und einige kleinen Abteilungen, die als Spezialabteilungen bei uns gelten. Es muß einmal angefragt werden, ob der Herr Demobilisierungskommissar seine Verpflichtungen aufrecht erhält. Wir als Arbeiter haben jederzeit darauf Wert gelegt, daß das was gesagt worden ist, auch mit dem angegebenen Datum begonnen hat. Inzwischen ist der 18. Mai herangerückt und nichts von den überleitenden Gruppen haben wir vernommen. Die Geduld wird selbstverständlich auch bei uns einmal zu Ende und wir wollen nicht den Vorwurf des Herrn Ing. Gallot hören, der dann sagt, wir hätten warten sollen bis zu dem Termin, den er uns genannt hat. Unsere Geduld reicht diesmal einige Tage nach dem Termin. Wir wollen den Gewerkschaften diesmal keine Vorwürfe machen, denn wir wissen, daß die Schuld bei ihnen nicht liegt. Wir fordern sie aber rechtzeitig auf, die Betriebsräte zusammenzurufen und weitere Wege beschließen, da sonst von der Überleitung der Hammerwerke, Preßwerke, Bandagewerke, Handwerker, Walzwerke usw. man gar nicht mehr sprechen könnte. Nochmal eine ernste Mahnung, damit später die Schuld nicht den organisierten Arbeitern zugestanden wird.

Der Lohnkonflikt der Straßenbahner

Das Straßenbahnpersonal hielt gestern eine Versammlung ab, in der die Frage seiner Lohnerhöhung besprochen wurde. Nach der Mitteilung der Behörden kann es sich um eine Aenderung des Schiedspruches nicht mehr handeln, wenngleich auch die Kleinbahndirektion ganze Altenstück für die Ungültigkeitserklärung nach Warthau gefandt hat. Die Straßenbahner haben trotz alledem in ihrer Versammlung zum Ausdruck gebracht, daß sie gegen die Handlungsweise der Direktion den härtesten Protest einlegen und es ergeht erneut ein Streitaufruf für die Pfingstwoche, falls nicht die Forderungen der Straßenbahner bis dahin geregelt sind. Da auch andere Punkte wie Freikarten usw. eine Rolle spielen, kann man in der Pfingstwoche mit dem Stillstand des Verkehrswesens rechnen.

Folgende Resolution wurde angenommen:

Wir heute in Bielitz-Hajduki verfaßten Arbeiter und Straßenbahner verlangen einstimmig von den Behörden und Instanzen die Durchführung der Verbindlichkeitserklärung der uns vom Schlichtungsausschuß am 5. April 1928 zugeprochenen Lohnerhöhung von 8 bzw. 7 Prozent rückwirksam vom 1. April 1928. Ferner verlangen wir von der Wojewodschaftsbehörde die Einführung der Angestelltenversicherung für das Fahnpersonal der Kleinbahn, damit wir in einem Kulturstaat wie es Polen ist, nicht aufs Alter gezwungen werden, durch Betteln und Almosensammeln unter Leben zu frieren. Jährlang kämpfen wir schon um eine bessere Sozialgelehrung, damit wir für das Alter nicht hilf- und hoffnungslos dastehen. Wir müssen feststellen, daß wir Menschen 2. Klasse in Polen sind. Wir verlangen bereits alle Regierungsinstanzen in puncto Sozialversicherung in Anspruch genommen, doch leider ohne einen Erfolg. Wir appellieren nochmals an die Wojewodschaftsbehörde uns eine Antwort in dieser Frage geben zu wollen, andernfalls sehen wir uns gezwungen, die uns zu Gebote stehenden Mittel in Bewegung zu setzen, um zu unserem langersehnten Rechte zu kommen. Gleichfalls appellieren wir an die Öffentlichkeit, sowie an die Abgeordneten im Schlesischen Sejm, sich unserer Sache anzunehmen, damit wir Straßenbahner nach getaner Arbeit sorglos unseren Lebensabend beschließen können.

Ferner protestieren wir ganz besonders gegen das Verhalten unserer Direktion, die uns Straßenbahner nicht nur um unseres Lohn bringt will, aber auch um die seit Jahren traditionell erhaltenen Freikarten abnimmt.

Nach dem Resolutionsurteil ist die Bewegung ziemlich scharf und diese Woche soll erneut eine Versammlung stattfinden, die weitere Beschlüsse tätigt.

Lohnerhöhung im Tischlergewerbe

Am Mittwoch fand in Katowic eine Sitzung der Schiedskommission statt, auf welcher über den Antrag des Arbeitnehmer-Verbandes bezüglich Erhöhung der Löhne im Tischlergewerbe entschieden wurde. Laut Besluß sind die bisherigen Löhne für die Zeit vom 16. Mai bis einschließlich 31. August d. Js. um 10 Prozent erhöht worden.

Entscheidung der Tarifforschungsstelle

Endlich gelang es nach dreijähriger Unterbrechung, die laut Manteltarif festgelegte Tarifforschungsstelle zusammenzuberufen. Den Vorsitz übernahm Herr Appellationsrat Dr. Moris. Als Antrag wurde behandelt ein Streitfall bei den Gruben der Vereinigten Königs- und Laurahütte. 36 Steiger klagten um einen 8000 Zlotybeitrag als Bezahlung für verjährende sogenannte Tiefschichten. Die Verwaltung vertrat den Standpunkt, daß durch die Tantieme die Überleitungen als abgefunden zu betrachten sind. Der angerufene Schlichtungsausschuß stellte sich auf den gegenteiligen Standpunkt und entschied zugunsten der Kläger. Die Verwaltung lehnte aber den Schiedsspruch ab.

Schulammeldungen für die deutschen Minderheitsvolksschulen

A. Anmeldung der Schulansänger.

Alle im Jahre 1922 geborenen Kinder müssen in der Zeit vom 21. bis 24. Mai zur Schule angemeldet werden. Die Anmeldung erfolgt in der zuständigen deutschen Minderheitsschule.

Die Amtsstunden für die Anmeldung sind aus den Bekanntmachungen zu ersehen, die in jeder Gemeinde an der Gemeindeetafel und in der Minderheitsschule in deutscher und in polnischer Sprache ausgehängt sein müssen.

Es wird empfohlen, zur Anmeldung den Impfzettel und die Geburtsurkunde des Kindes (Familienstammbuch) mitzubringen.

Der Nachweis der Staatsangehörigkeit darf nicht verlangt werden.

B. Ummeldung von Kindern aus der polnischen Schule in die deutsche Minderheits-Volksschule.

Kinder, die gegenwärtig eine polnische Schule besuchen, können in der Zeit vom 21. bis 24. Mai 1928 zur deutschen Minderheitsschule umgemeldet werden.

Die Ummeldung erfolgt bei dem Leiter der polnischen Schule, die das Kind gegenwärtig besucht.

Die Amtsstunden für die Ummeldung sind aus den Bekanntmachungen zu ersehen, die in jeder Gemeinde an der Gemeindeetafel und in der zuständigen polnischen Schule in deutscher und in polnischer Sprache ausgehängt sein müssen.

C. Gemeinschaftliche Bestimmungen.

Zur Anmeldung oder Ummeldung muß der Erziehungsberechtigte persönlich erscheinen. Eine schriftliche An- oder Ummeldung ist nicht zugelassen.

Erziehungsberechtigt ist der Vater, die verwitwete Mutter oder der Vormund. Eine Vertretung des lebenden Vaters durch die Mutter ist unzulässig.

Bei der An- und Ummeldung wird ein Protokoll aufgenommen.

Das Protokoll wird in deutscher und in polnischer Sprache abgefaßt.

D. Die Erklärung über die Sprache.

Die Wojewodschaft verlangt von den Erziehungsberechtigten folgende Erklärung:

Ich erkläre nach meinem Gewissen und unter meiner persönlichen Verantwortung, daß das Kind nur die deutsche Sprache spricht.

Die andere Erklärung besagt, daß das Kind nur die polnische Sprache spricht.

Diese Erklärungen wären für tausende von Erziehungsberechtigten wissentlich unmöglich, weil die Oberländer in der Mehrheit zweisprachig sind.

Keine Behörde der Welt kann einen Menschen zur Unwahrheit zwingen.

Der deutsche Erziehungsberechtigte, der die geforderte Erklärung der Wahrheit entsprechend abgeben kann, gebe sie zu Protokoll.

Der deutsche Erziehungsberechtigte aber, der selbst deutsch und polnisch spricht, und der der Überzeugung ist, daß sein Kind deutsch spricht, gebe bei der Anmeldung folgende Erklärung ab:

Ich erkläre nach meinem Gewissen und unter der Verantwortlichkeit gegen mich selbst, daß die Sprache meines Kindes die deutsche Sprache ist.

Diese mündliche Erklärung schützt die Rechte seines Kindes auch dann, wenn sie nicht zu Protokoll genommen wird.

Niemand unterschreibt eine Erklärung, die seiner Überzeugung und der Wahrheit widerspricht.

Der Oberste Gerichtshof der Welt hat entschieden:

Jeder Staatsangehörige hat die Freiheit nach seinem Gewissen und unter der Verantwortlichkeit gegen sich selbst zu erklären, welche die Sprache seines Kindes ist.

Diese Erklärung muß sich auf das beziehen, was der Erklärende als die tatsächliche Lage ansieht.

Diese Erklärung unterliegt keiner Nachprüfung, keiner Bestreitung, keinem Druck und keiner Behinderung von Seiten der Behörden unter irgendwelcher Form.

Deutsche! Für das Wohl Eurer Kinder seid Ihr nur Euch selbst und Eurem Gewissen verantwortlich.

Wahret Euer Recht! Das Recht muß siegen!

und die angerufene Tarifforschungsstelle entschied ebenso zugunsten der Kläger, und zwar ist das Urteil endgültig. Der genannte Betrag ist sogar mit Verzinsung zu zahlen. Dieser Entschied dürfte sich auch auf die anderen Betriebe auswirken, da viele Verwaltungen die Zeitschichten auch nicht bezahlen.

Ermäßigte Gebühr für deutsche Sichtvermerke

Das Deutsche Generalkonsulat teilt mit:

Un Besucher der "Presse", Internationalen Presseausstellung in Köln, und der unter der Bezeichnung "Nürnberg im Dürerjahr 1928" zusammengefaßten Veranstaltungen der Stadt Nürnberg zum Andenken Dürers werden deutsche Sichtvermerke gegen eine um 50 v. H. ermäßigte Gebühr erlaubt. Die Ermäßigung der Gebührenhöhe erfolgt bei Vorlage eines Ausweises der "Presse" oder bei selbstständiger ausdrücklicher Verjährung auf den beabsichtigten Besuch einer der beiden oben genannten Veranstaltungen. Personen, die selbst Ausstellungen auf der "Presse" veranstalten, oder Mitglieder oder Angestellte ausstellender Unternehmungen erhalten die Sichtvermerke gebührenfrei.

Kattowitz und Umgebung

Die Anmeldungen für die Städtische Mädchen- und Knaben-Mittelschule für die deutsche Sprachminderheit in Katowic,

finden in der Zeit vom 21. Mai bis 24. Mai 1928 einschließlich, täglich von 10—12 Uhr vormittags, in der Kanzlei der Mittelschule für die deutsche Sprachminderheit in Katowic, ul. Szkoła statt. Es werden nur Anmeldungen für Schulanfänger angenommen, die ihren Wohnsitz in Katowic haben und den Bedingungen der Aufnahme in eine deutsche Minderheitsschule laut Artikel 106 des Genfer Abkommens entsprechen. Die bereits getätigten Anmeldungen sind ungültig. Der Erziehungsberechtigte muß diesmal persönlich zur Anmeldung erscheinen und erhält in der Kanzlei der Mittelschule ein Protokoll zur Unterschrift. Wir verweisen außerdem auf den Aushang am schwarzen Brett in der Mittelschule.

Wichtige Magistratsbeschlüsse.

Auf der letzten Magistratsitzung in Katowic wurde über eine Reihe Projekte betreffend den Ausbau der Straßenzeile, sowie ein weiteres Projekt, nach welchem die Stadt Katowic zu äußerst günstigen Bedingungen Kredite aufnehmen und erlangen könnte, beraten. Diese Angelegenheiten werden an die Stadtverordnetenversammlung zwecks weiterer Stellungnahme überwiesen. Weiterhin ist im Hinblick auf die bevorstehende Reorganisation in den städtischen Mittelschulen beschlossen worden, es bei dem bisherigen Stand weiterhin, demzufolge im Schuljahr 1928/29 bewerben zu lassen und nur eine der niedrigsten Schulklassen (Aufnahmeklassen) ohne Parallelklassen zu eröffnen. In die weiteren Klassen sollen grundsätzlich nur ortsnässige Schüler angenommen werden. Als Beihilfe für den Hilfsfonds der Opfer der bulgarischen Erdbebens Katastrophen sind 1000 Zloty bewilligt worden. Schließlich wurde einem Antrag auf Einstellung weiterer 6 Krankenpflegerinnen, sowie 2 Krankenpfleger für das städtische Krankenhaus in Katowic zugestimmt.

Wichtig für Militärpflichtige! Nach einer Bekanntmachung der Polizeidirektion in Katowic finden ab 1. Mai d. Js. alle Angelegenheiten betr. die Durchführung der Musterrüstungen bzw. militärischen Aushebungen, Gewährung von Erleichterungen durch zeitweise Zurückstellung der Militärpflichtigen usw., nunmehr dort ihre Erledigung. Demzufolge werden die Antrag-

steller ersucht, sich für die Folge in allen diesbezüglichen Angelegenheiten unmittelbar an die Polizeidirektion und nicht wie bisher an den Magistrat in Katowic zu wenden.

Oberschlesischer Heimatabend. Der Deutsche Kulturbund veranstaltet Samstag, den 19. Mai, 8 Uhr abends, im Saale des Christlichen Hospizes, den zweiten Volkskunstabend, unter dem Titel "Oberschlesischer Heimatabend". Er soll in knappsten Zügen ein Bild geben von der Art der Bielitz-Bialaer Sprachinsel und ihren deutschen Menschen. Ein Lichtbildvortrag weist die Schönheit der Landschaft, besonders der Bielitzer Berge, berichtet kurz von der 650-jährigen Geschichte der Stadt und der deutschen Dörfer um sie, und zeigt Bilder von Stadt- und Bauernhäusern, Holzkirchen, Trachten und Menschen. Dann werden Volkslieder der Sprachinsel gesungen, vor allem solche in schlesischer Mundart. Ein Bauerngedicht "Der Lügajürg" gibt eine Probe von schlesischer Mundart. Den Schluß und Höhepunkt überbilden die schönen, alten Bielitzer Volkstrachten, die in der Volkstracht, oder vielmehr in den drei heute in der Sprachinsel lebenden Volkstrachten vorgeführt werden. Der Abend wird durch Bielitzer Wanderwägel ausgeführt. — Karten zu 2, 1 und 0,50 Zloty sind in der Geschäftsstelle des Deutschen Kulturbundes, Katowic, Starowieska, von 9—1 und 4—6 Uhr, sowie an der Abendkasse zu haben.

Angeschossen. Der vom Dienst heimkehrende Grenzpolizeibeamte Walzarek wurde von dem als Schmuggler bekannten Friedrich Ulrich im angetrunkenen Zustande angegriffen. Der Angegriffene zog schließlich zu seiner Verteidigung die Dienstwaffe. Ungeachtet dessen nahm sich Ulrich wie ein Wütetrich. Bei dem gegenseitigen Schuß ging ein Schuß los, der Ulrich in der Magengegend verletzte.

Wenn man aus dem fahrenden Zuge springt. Von einem sich bereits in Fahrt befindlichen Personenzug sprang auf dem Katowicer Bahnhofe der Händler Johann Sobel ab. Dieser Sprung brachte ihm den Bruch beider Beine ein. Der Leichtsinnige wurde nach dem Sturz in ein Krankenhaus überführt.

Unglücksfall am Neubau. Ein Kalkstein stürzte vom Gerüst des Neubaus an der ul. Sobolska ab und traf so unglücklich den Maurer Richard Nowak am Knie, daß ihm dieses zerhämert wurde.

Kommunales aus Eichenau! Nach einer längeren Ruhepause fand am 16. Mai eine Gemeindemvertretersitzung statt. Gemeindenvorsteher Kosma eröffnete dieselbe mit den üblichen Formalitäten und brachte 2 Dringlichkeitsanträge, welche angenommen wurden und als Punkt 11 und 12 in die Tagesordnung eingeschoben. Gemeindenvorsteher Orzel von der Sanacja brachte ebenfalls 2 Dringlichkeitsanträge und zwar Revision zur Wahl der Bezirksvorsteher, die bereits ihr Amt versehen und der zweite, daß die Abstimmung durch Erheben von den Plänen geschehen soll und nicht durch Handheben. Beide Anträge wurden abgelehnt. Nun schritt man zur Erledigung der Tagesordnung, die 16 Punkte umfaßte. Punkt 1, Annahme eines Zusatzstatuts betreffs Erhebung von Grundsteuer wurde angenommen. Die Steuer, die bis jetzt 3 Prozent von Hundert betrug, erniedrigt sich auf 1½ Prozent. Der nächste Punkt, Ausbau der Kirchstraße und Kościuszlopłaz, zu dem die Straßenbaukommission beim Landratsamt ein Projekt ausarbeiten soll, wurde auch angenommen. Punkt 3, Ausbau von Straßen, Wasser und Lichtschluß in die neue Arbeitervolkskolonie auf der ul. Gliwcka, fand Annahme, ebenso der nächste, Verlängerung der Boulavie auf der ul. Hallera. Zu bemerken wäre noch, daß die Gemeinde Eichenau die Felder von Harriman und Giesecker erwerben wollte, der Kauf an dem hohen Preise von 10 Zloty pro Quadratmeter scheiterte. Die Felder waren sehr niedrig bewertet. Der hohe Preis veranlaßte die Gemeinde, die ganzen Felder als Baugelände zu betrachten und dementsprechend mit Steuern zu belegen. Der Bewilligung einer Entschädigung von 100 Zloty der Gesundheitskommission für das Jahr 1927, wurde statgegeben. Zu diesem Punkt stellt Gemeindenvorsteher Kosma

Börsenturz vom 18. 5. 1928

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . . 1 Dollar	{ amlich	= 8.91 $\frac{1}{4}$ zł
Berlin . . . 100 zł	=	46.816 Rml.
Kattowitz . . . 100 Rml.	=	213.60 zł
1 Dollar	=	8.91 $\frac{1}{4}$ zł
100 zł	=	46.816 Rml.

den Antrag, man möge bei der Revision einen Fleischer als Sachverständigen in die Kommission hineinwählen. Dem Antrag wurde stattgegeben und Genosse Koziol wurde einstimmig als Sachverständiger in die Kommission hineingewählt. Dem Beitritt der Gemeinde Eichenau als Mitglied in den Blindenverein der Wojewodschaft Schlesien, mit einem Jahresbeitrag von 30 Złoty, wurde zugestimmt. Der Gewährung einer Subvention für die Landesausstellung in Posen, in Höhe von 400 Złoty, in zwei Jahresraten, hatte man nichts dagegen. Der Beitritt der Gemeinde Eichenau in den Pilotenclub der Wojewodschaft Schlesien, wurde abgelehnt, dafür wurde beschlossen, eine Zeitung „Pilot“ für die Czynstnia Ludowa zu abonnieren. Der Gemeindevertreter Schottel wurde als Delegierte zum Kongress der Freiwilligen Feuerwehren gewählt. Ein Antrag des Schulleiters Namyslo, um Niederschlagung der rückständigen Wohnungsmiete von 400 Złoty, wurde abgelehnt mit der Begründung, daß, wenn ein Arbeitsloser der Gemeinde seine Wohnungsmiete bezahlt, es ein Schulleiter auch kann. Dagegen wurde eine Erleichterung genehmigt, die rückständige Miete wurde in Raten auf ein Jahr verteilt. Der erste Dringlichkeitsantrag des Gemeindevorstandes betraf die Aufnahme einer Anleihe von 260 000 Złoty von der Kasa Ubezpieczen in Königshütte. Im Februar d. Js., wurde beschlossen, eine Anleihe von 150 000 Złoty von der Wojewodschaft zum Bau einer neuen Schule aufzunehmen. Die Wojewodschaft antwortet, daß 260 000 von der Versicherungsanstalt der Gemeinde Eichenau bereit gestellt sind. Man beschloß, die Anleihe erst dann aufzunehmen, wenn die Wojewodschaft eine Subvention zum Bau der Schule bewilligt. Der Gemeindevorstand wurde beauftragt, bei der Wojewodschaft wegen der Subvention vorzusprechen. Der nächste Dringlichkeitsantrag betraf die Aufnahme einer Anleihe zu Investitionszwecken und zwar zur Föllendung der Milowitzstraße. Von der Staroste, wurde zu diesem Zweck eine Subvention verlangt, welche abgelehnt wurde. Jedoch kann die Gemeinde eine Anleihe von 35 000 Złoty erhalten. Die Aufnahme der Anleihe wurde von der Gemeindevertretung abgelehnt. Man beschloß von der Staroste, die Genehmigung zum Bau einer Zollschranke zu verlangen, wie sie in Modrzejow ist. Mit dem Bau der Zollschranke in Modrzejow hat die Sosnowitzer und Bendiner Geschäftswelt den Verkehr über Eichenau gelenkt und ruiniert die Straßen. Die Erhöhung der Bezüge der Aufwärterin Baron, wurden von 60 auf 70 Złoty erhöht. Ferner wurden die Personalfragen eines Sekretärs erledigt. Unter Verschiedenes beschloß man, in der Gemeinde Warkowice für Autofahrer anzubringen. Zum Schluss verlas der Gemeindeschreiber ein Schreiben des Gemeindeschreibers Trzokowski, nach welchem er aus der deutschen Wahlgemeinschaft austrat.

Königshütte und Umgebung

Bau von Kasernen durch die Stadt?

In der letzten Magistratsitzung wurde u. a. eine Angelegenheit, und zwar der Bau von Kasernen, besprochen, die von Wichtigkeit für die Raumung der Schulen, die jetzt durch das Militär besetzt sind, wäre. Es wurde erwogen, für das hiesige Militär eventuell eine Kaserne zu erbauen (!), die auf einem Grundstück der Staroferme an der Kattowitzer-Chaussee erheben könnte. Um den Bau zur Ausführung bringen zu können, wäre die Aufnahme einer Anleihe notwendig (!), die von der Militärbehörde amortisiert werden müßte, und zwar so, daß diese für die Benutzung der neuen Kaserne in derselben Weise den Pachtzins entrichten müßte, wie es bis jetzt der Fall bei der Benutzung der Schulen ist. Falls die Baukosten später die Militärverwaltung der Stadt in voller Höhe ersehen sollte (?), so würde das Gebäude auf die Militärbehörde übergehen. Durch die Ausführung dieses Projektes wäre eine gänzliche Freimachung der bisher besetzten Schulen ermöglicht. Deshalb sollen weitere Verhandlungen mit den in Frage kommenden Stellen geführt werden. Gehört der Bau von Kasernen auch in das Zuständigkeitsbereich der Kommunen, oder ist dieses eine Angelegenheit der Militärverwaltung selbst? Wir werden zur gegebenen Stunde noch darauf zurückkommen.

m.

Ausschreibung. Der Magistrat Königshütte hat den Bau eines Häuserblocks an der ulica Cmentarna-Hajduka (Stein- und Heidukerstraße) ausgeschrieben. Nähere Auskunft erteilt das städt. Bauamt an der ulica Sławowska 1 (Teichstraße) während den Amtswochen. Gegen ein Gebühr von 5 Złoty werden das oft an Interessenten Unterlagen abgegeben.

m.

Warnung! Alle Zähler, Beschränker und Verteilungstaufen an den elektrischen Leitungen, ebenso die Wassermesser sind durch das städtische Betriebsamt durch Plomben gesichert. Der Magistrat macht alle Strom- und Wasserbezieher warnen, darauf aufmerksam, daß die Beschädigung oder gar Entfernung der Plomben strafbar ist. In Zukunft werden alle Fälle, bei denen Plomben abgerissen oder beschädigt worden sind, bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht, ebenso werden gleichlaufend Strom und Wasser abgesperrt.

m.

Allholzverbot an den Gestaltungstagen. Die Königshütter Polizeidirektion erinnert daran, daß auf Grund der am 25., 26., 29., 30. und 31. Mai, sowie am 1., 2., 4., 5., 6., 8., 9., 11., 12., 13., 14., 15. und 16. Juni in Königshütte stattfindenden Militärgefechte, der Verkauf von Schnaps verboten ist. Das Verbot erstreckt sich auf die Zeit während der Tätigkeit der Militärkommission von 22 Uhr abends bis um 15 Uhr nachmittags. Übertretungen werden bestraft.

m.

Wer ist der Eigentümer? Im Kriminalamt Königshütte liegen fünf Meter schwarzes Tuch für einen Herrenanzug, das von einem Diebstahl herühren dürfte, zur Abholung während den Dienststunden bereit.

m.

Siemianowiz

Mit der silbernen Brosche ausgezeichnet, wurde die Hebamme Szegiel von hier; desgleichen erhielten 10 Hüttenarbeiter Dekorationen durch den Minister für Handel- und Gewerbe, am ersten Sonntag in Kattowitz. Außerdem ehrt die Laurahütte die Jubilare durch ein kleines Festessen im Hüttenkino, wobei denselben durch Herrn Direktor Husmann ein Sparkassenbuch in Höhe von 100 Złoty überreicht wurde.

Bezirksparteitag der P. P. G. Oberschlesiens

Die frohlockenden Behauptungen der Gegner, daß nach der Spaltung die P. P. S. völlig aus dem politischen Leben Schlesiens ausgeschaltet ist, sind auch in diesem Falle Lügen gestraft worden. Wer Gelegenheit hatte den Bezirksparteitag der oberschlesischen P. P. S. beizuwohnen, der konnte sich davon überzeugen, daß die Partei gerade nach der Beseitigung des früheren Führerbalastes einen nennenswerten Fortschritt gemacht hat den wohl selten jemand erwartet hätte. Am gestrigen Himmelfahrtstage versammelten sich im Südparkrestaurant die Delegierten und Gäste der P. P. S. um einerseits der kommissarischen Führung ein Ende zu bereiten und andererseits neue Formen der Organisation zu beschließen, sowie die Fragen der politischen Taktik zu regeln. An der Konferenz waren 111 Delegierte aus 66 Ortschaften vertreten, 22 Ortsvereine haben aus finanziellen Gründen keine Delegierten entsenden können. Aus dem Bericht der Geschäftsführung ging hervor, daß in der Zeit vom 15. Januar bis Ende April 6 neue Ortsvereine begründet wurden und 289 neue Mitglieder aufgenommen. Die Bienszkiewicze verjüngte Spaltung hatte keinen Erfolg, sie führte wohl zur Spaltung in einzelnen Ortschaften und auf seinen Hauptplätzen lehrten die Mitglieder zu ihrer alten Stammpartei zurück, wie dies durch eine Anzahl von Büchersabgaben auf der Konferenz selbst bewiesen wurde. Die Berichterstattung beschränkte sich nur auf die Zeit der kommissarischen Leitung, da ja die deftierten Führer weder Geld, noch sonstiges Material hinterlassen haben. Die Organisation führte während dieser Zeit und bei den Wahlen nicht weniger als 407 Versammlungen durch und die finanzielle Entwicklung zeigt einen günstigen Stand. Nach den Berichten ist zu erkennen, daß die Spaltung so gut wie als überlebt, bezeichnet werden kann, was wohl ausschließlich der kommissarischen Leitung zuzuschreiben ist. Die Entwicklung der „Gazeta Robotnicza“ läßt zu wünschen übrig, doch hat auch hier die Spaltung gar keinen Einfluss hinterlassen, mit Ausnahme der Schulden die Bienszkiewicz und Konsorten gemacht haben. Der Abonnenten-

stand bewegt sich aufwärts, doch könnte hier eine Besserung erfahren, wenn sich die Arbeiter selbst um die Verbreitung ihres Blattes mehr bemühen würden.

Das Referat über die Lage in Oberschlesien hielt Genosse Dr. Ziolkiewicz, der nochmals die ganze Arbeit der früheren Leitung darlegte und neue Wege zum Ausbau der Organisation zeigte. Das politische Referat zur Gesamtlage Polens, hielt der Generalsekretär Genosse Abg. Buschau, der erklärte, daß die P. P. S. weiter zu Opposition zur Regierung stehe und während der Wahlen war die Regierung bemüht, mit allen Mitteln die P. P. S. zu zerstören. Auch Genosse Buschau wies auf die Notwendigkeit des Ausbaues der Partei hin und gab zu, daß die Zentralregierung einen Fehler begangen habe, daß sie solange die vernichtende Arbeit Bienszkiewicz und seiner Trabanten gebüßt habe. Aber dies geschah alles nur im Interesse der Partei.

In der darauffolgenden Diskussion nahmen gegen 30 Redner teil, die sich alle mit der schlechten Leitung der Partei durch Bienszkiewicz beschäftigten und an der früheren Führung die schärfste Kritik übten. Alle traten für den Ausbau der Organisation und versprachen das Beste zu tun, um die P. P. S. wieder zu jenem Stand und Einfluß zu bringen, den sie ehemals besaßen. Die Diskussion war in jeder Beziehung sachlich und auf demem kritischen Höhepunkt deutlich die freudige Mitarbeiterchaft nachdem die Schändlinge der Bewegung besiegt wurden. Nach Annahme einer Reihe von Resolutionen zur Lage und Taktik der Partei, ging man zur Wahl des Vorstandes über. Die Konferenz dauerte von 10 Uhr vormittags bis gegen 7 Uhr abends und nahmen einen glänzenden Verlauf. Anwesend waren insgesamt gegen 300 Personen. Als Delegierten der D. S. U. P. nahmen an der Konferenz, die Genossen Kowall, Pejska und Mocznak teil, seitens der deutschen Arbeiterjugend der Genossen Mocznak aus Königshütte.

Schwerer Berufsunfall. Von Richterhächte mußte der Wagenfößer J. von Ostfeld mit einigen Rippenbrüchen und Zerreißung der Lunge ins Knappenschaftslazarett überführt werden. Er legte auf einem Haspelbremsberg die Steuerung statt auf Borrwärts auf Rückwärtsgang. Der Förderwagen rollte zurück und preßte J. gegen die Haspeltrummel, wobei er sich oben genannte Verleugnung zugezogen hat.

Mühlabfuhr. Nachdem der kleine Hütenteich bereits zugeschüttet ist, wird die Mühlabfuhr jetzt nach der neuen Arbeiterkolonie umgeleitet, wo eine Aufschüttung von 1½ Meter Höhe erforderlich ist.

Die Erstimpfung in Baingow führt am 22. d. Ms., Dr. Herrmann, um 12 Uhr mittags, in beiden Schulen I und II durch. Die Besichtigung erfolgt am 30. Mai früh 11 Uhr, ebendort.

Myslowiz

Schon wieder die Subventionen.

Am Freitag, also heute, findet die Sitzung des Myslowitzer Stadtparlaments, das ein gewaltiges Pensum aufgetischt erhält. Auf der Tagesordnung stehen nämlich 18 Punkte und da wird es schon mehrere Stunden dauern, bis sie alle erledigt werden. Als zweiter Punkt dieser umfangreichen Tagesordnung steht die Bewilligung einer Subvention für die Fleischerrinnung. Also die Fleischerrinnung braucht auch eine Subvention. Das Leben in dem Myslowitzer Rathause ist eintönig und daher wurde zur Abwechslung einmal ein Witz gemacht in dem von einer Subvention für die Fleischerrinnung geredet wird. Bedürftige Personen und Vereinigungen haben wir genug in Myslowiz und das wir einer der reichsten Vereinigung Subventionen anbieten, das war noch nicht dagewesen. Die Fleischer in Myslowiz gehören zu den reichsten Bürgern. Ihnen gehören auch die meisten Häuser und sie schämen sich gar nicht mit einem derartigen Ansinnen an die Stadt heranzutreten in der an nähernd Tausend arbeitslose Familien hungern und darben. Sollten die Fleischer tatsächlich eine Subvention bekommen, dann haben alle Vereinigungen recht, wenn sie auch für sich eine Subvention verlangen werden, denn was dem einen Recht ist, muß dem anderen billig sein. Das Ansinnen der Fleischerrinnung beweist nur, daß das Subventionenausstellen wirklich ein großer Unfug ist und man sollte damit endlich aufräumen. Wir wollen hoffen, daß die Stadtverordnetenversammlung dazu grundsätzlich Stellung nimmt und sich überhaupt gegen jede Subventionsausstellung erklärt.

Schwientochlowiz u. Umgebung

Das kommt davon. Im angetrunkenen Zustand unternahm ein Franciskus Slimok aus Drzezze eine Fahrradtour nach Scharles und überfuhr hier einen Eduard Kulisch. Bei dem Unfall stürzte Slimok vom Rad und zog sich dabei nicht unerhebliche Verletzungen zu, während Kulisch mit einigen Hautabschürfungen davonging.

Schmugglerpech. Ein Kaufmann Robert Spenger aus Igorezele wurde an der grünen Grenze beim Schmuggeln von deutschen Zigaretten erwischt. Fast 1000 Stück solcher Glimmstengel konnten bei ihm beschlagnahmt werden.

Sportliches

Sport vom Feiertag.

Der 1. F. C. Kattowitz von Breslau 08 unverdient 2:4 (1:3) geschlagen.

Diese Begegnung war für Kattowitz eine Sensation und sollte zugleich ein Gradmesser zwischen einem der besten Vertreter Polens und dem Südostdeutschen Meister sein. Doch mußte der 1. F. C. eine unverdiente Niederlage hinnehmen, welche er an erster Stelle seinem schwachen Sturm und hauptsächlich dem Tormann zu verdanken hat. Der 1. F. C. dominierte die ganze Spielzeit hindurch und war den Breslauern um Klassen im Feldspiel überlegen. Einer der schlechtesten vom 1. F. C. war an diesem Tage Kosok 2, an dem man merkt, daß er überspielt ist. Und die größte Schuld trifft da den Tormann Görlich. Denn durch seinen Lichtsinn brachte er den Club um den Sieg und deprimierte zugleich dadurch seine Mitspieler. Durch sein unnötiges Herauslaufen aus dem Tore, (wenn er aber herauslaufen sollte, da tat er es nicht) fielen zwei Tore. Diese Gelegenheit nutzten die Breslauer geschickt aus. In den Reihen von 08 sah man ehemalige 1. F. C. und so Wolf und Szoda. Auch waren die Gäste den Einheimischen physisch überlegen, was sie auch ausnutzten. Dem 1. F. C. gilt noch die eine Entschuldigung daß er mit Erfolg für Geisler und Tichauer spielen mußte.



„Gnädige Frau, Sie dürfen es mir nicht übelnehmen, dieses Kleid kann ich nicht von Ihnen annehmen.“

„Aber Anna, wenn ich es Ihnen gebe, dürfen Sie es ruhig annehmen.“

„Das kann ich wohl doch nicht, denn es ist schon im vorigen Jahr aus der Mode gegangen...“

Berantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Heimrich, wohnhaft in Katowice; für den Inseratenteil: Anton Rzytka, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“ Sp. z ogr. oap., Katowice; Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. oap., Katowice, Kościuszko 29.

Unschuldige auf dem Schafott

Der Fall Jakubowski. — Justizirrtümer der neuesten Zeit. — Die Todesstrafe muß fallen.

Menschliche Fehlbarkeit offenbart sich nirgends so erschütternd wie in der Rechtsprechung, weil kein Irrtum verhängnisvollere Folgen haben kann als der des Richters. Der Fall des russischen Kriegsgefangenen Jakubowski, der wegen angeblicher Ermordung seines unehelichen Kindes zum Tode verurteilt und hingerichtet worden war, bringt uns mit schrecklicher Deutlichkeit zu Bewußtsein, wie sehr auch die Rechtsprechung dem Irrtum unterworfen ist. Gerade in letzter Zeit hatte man häufiger Anlaß, über den Justizirrtum nachzudenken; einige erschütternde Fälle erregten das Klatschen der ganzen Welt. Sacco und Vanzetti, die beiden Italiener, die im vergangenen August in Boston hingerichtet wurden, nachdem ihr Prozeß volle sieben Jahre gedauert hatte, haben bis in ihre Todesstunde nicht aufgehört, ihre Unschuld zu beteuern, und es ist fast selbstverständlich, daß die Zeugen — bewußt oder unbewußt — durch eine falsche Aussage die beiden Männer auf den elektrischen Stuhl gebracht haben. Dann mußte sich die Welt mit einem anderen furchtbaren Justizmord beschäftigen, den englische Richter an dem Deutschen Oskar Slater begangen hatten. Slater war wegen Ermordung einer dreiwundachtzigjährigen Frau zum Tode verurteilt, vierundzwanzig Stunden vor dem Vollstreckungsstermin begnadigt worden und hatte achtzehn Jahre im Zuchthaus verbracht. Der Unglückliche hatte wenigstens in der Welt, die er verlassen mußte, noch Menschen, die an seine Unschuld glaubten und immer wieder für sie eintaten.

Über erst nach achtzehn Jahren sahen die Behörden ihr Unrecht ein und gaben dem unschuldig Verurteilten die Freiheit zurück. Neben diesen großen Fällen, die in der ganzen Welt-Presse ein lautes Echo fanden, hat es noch andere, kleinere gegeben, die mit wenigen Zeilen abgetan werden — Fälle, die darum nicht minder erschüttern, denn überall sind es

Menschenglück, Freiheit und Ehre,

die durch den Spruch des Gerichts vernichtet werden. Und es ist nur ein schwacher Trost, daß nicht alle Justizirrtümer auf dem Schafott enden, das sie unwiderruflich macht. Ein Jahr, das ein Unschuldiger hinter Kerkermauern zubringen muß, bedeutet für ihn tausendfältigen Tod.

Zu die Schulde am Justizmord teilen sich viele. Meist sind es mit oder ohne Willen irrende, verbündete, hässliche oder rechthaberische Zeugen, die das Schicksal des Angeklagten besiegeln. Im Fall Jakubowski hat sich sogar während der neuzeitlichen Ermittlungen der Behörden herausgestellt, daß die Männer, die während des Prozesses als Hauptbelastungszeuge aufgetreten waren, in Wirklichkeit selbst als die Täter zu betrachten sind.

Früher, als Geständnisse und Zeugenaussagen noch durch leibliche und seelische Foltern erpreßt werden konnten, waren Justizirrtümer an der Tagesordnung; sollte man nicht meinen, daß heute, wo Psychiatrie und Psychologie ihrem Einzug in den Gerichtssaal gehalten, wo sich die kriminalistischen Methoden vervollkommen, die Gewissen verschärft und verfeinert haben, ein Justizirrtum Seltenheitswert genieße? Leider ist die moderne Rechtsprechung noch nicht so weit, daß eigene und fremde Fehler sie nicht berühren könnten. Im Jahre 1921 wird der Gutsbesitzer Klein aus der Strafanstalt Görlitz entlassen,

nachdem sich seine Unschuld herausgestellt hat; im Jahre 1907 hatte ihn das Hirschberger Schwurgericht wegen Anklage zur Ermordung seines Vaters zum Tode verurteilt; er war dann zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden. Im Jahr 1926 meldeten die Zeitungen, daß ein ehemaliger Major namens Pfänder aus Kairlindach bei Höchstadt a. d. Aisch aus dem Zuchthaus entlassen worden sei. Pfänder war vom Kriegsgericht wegen Ermordung eines Bauernmädchens zum Tode verurteilt und begnadigt worden; er hatte acht Jahre im Zuchthaus gesessen und war erst durch das Geständnis eines ehemals in seinem Heimatdorf beschäftigten französischen Kriegsgefangenen befreit worden.

Ebenfalls im Jahre 1926 erhielt der Fleischer Eduard Trautmann die Freiheit wieder, der für einen Mord, den in Wirklichkeit der Münsterberger Massenmörder Denke begangen hatte, volle fünfzehn Jahre im Zuchthaus gesessen hatte. Eine ganze Anzahl von Fällen, in denen der Glaube an die Schuld des Verurteilten wankend geworden ist, harrt zur Zeit der Aufklärung. Erst vor vier Wochen ereignete sich der in der preußischen Justiz unerhörte Fall, daß das Justizministerium einem vor längerer Zeit zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Gefangenen einen Strafurlaub von einem Jahr zur Betreibung des Wiederaufnahmeverfahrens gewährt, nachdem das Justizministerium zu der Einsicht gekommen ist, daß unzweifelhaft ein Fehlurteil vorliegt. Es handelt sich hierbei um einen ehemaligen Hilfsgendarmen namens Dujardin, der im Jahre 1919 unter Mordanklage gestellt wurde, weil er angeblich den Gutsbesitzer Jaquet getötet haben sollte. Das Insterburger Schwurgericht hatte ihn zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.



Die Ozeansflieger bei Präsident Coolidge

Unser Bild zeigt die Verleihung des Fliegerkreuzes an die drei Ozeansflieger durch den Präsidenten. In der Mitte Baron von Hünenfeld während der Verleihung, rechts davon Köhl (schon dekoriert) und Major Fitzmaurice. — Auf der Erde das Mikrofon zur Übertragung der Ansprachen durch Radio.

Der Fall des Maurers Johann Leister, der im Jahre 1924 wegen Ermordung seiner Frau auf Grund eines, übrigens sorgfältig geführten Indizienbeweises zum Tode verurteilt und dann begnadigt wurde, wird erneut aufgerollt werden, nachdem es dem Verteidiger des Leister gelungen ist, neues Beweismaterial herbeizuschaffen, und nachdem das Oberlandesgericht in Jena in einem Zivilprozeß, den die Kinder zur Durchführung der Erbunwürdigkeitsklage angestrengt hatten, festgestellt hat, daß Leister der Mord nicht nachgewiesen sei. Im Jahre 1913 wurden zwei Boten der Tuteplinnerei in Delmenhorst, zwischen Bremen und Oldenburg, von vier Männern überwältigt und niedergeschlagen. Ein Wächter, der auf die Hilferufe herbeiteilte, erhielt einen tödlichen Schuß. Auf Grund eines Indizienbeweises wurden drei junge Leute aus Delmenhorst, die allerdings nicht den besten Ruf genossen und von zahlreichen Zeugen belastet wurden zu 14 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Chorverlust verurteilt; am 30. April 1921 wurden sie, nachdem sie mehr als die Hälfte ihrer Strafe verbüßt hatten, mit Bewährungsstrafe entlassen.

Seitdem lämpfen die drei, die von Anfang an die Tat abgeleugnet hatten, um ihre Rehabilitierung. Die Feststellungen der neuesten Zeit haben ergeben, daß die Möglichkeit eines Justizirrtums nicht von der Hand zu weisen ist. Die Verteidigung hat inzwischen den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt, und der Generalstaatsanwalt in Oldenburg, der seinerzeit die Anklage vertreten hatte, unterhält großzügig die Bemühungen, volles Licht in die Angelegenheit zu bringen.

Das sind nur einige Fälle aus einer Liste, die durch mehr oder weniger kräfte Beispiele noch beliebig erweitert werden könnte; Dokumente menschlicher Fehlbarkeit, eindringliche Mahnrufe, Erwider aus Gleichgültigkeit und gedenkenlorem Pharisäismus und ein Menetekel für einen jeden von uns, den unselige Verkettung von Umständen in den gleichen Übergang des Schicksals stürzen kann. Wenn aber der Fall Jakubowski eine segensreiche Folge haben kann, dann die, daß die Todesstrafe endgültig verschwinden wird.

Kanonen gegen Heuschreden

Neben der Dürre, die von Zeit zu Zeit die palästinische Landwirtschaft bedroht, gibt es für den Bauern dieses Landes keinen größeren Schrecken als die Heuschreckenschwärme, die zuweilen in ungeheuren Scharen über die Orangenhaine, die Gemüsefelder, die Weinberge und überhaupt über alles, was grün ist, herfallen und die Ernte bis auf den letzten Halm vernichten. Seit Tagen wartete man nun in der Umgebung Jerusalems angstvoll auf die Ankunft der kleinen Tiere, die vorher einige Nachbargebiete verheert hatten, und rüstete sich zu einem energischen Feldzug gegen die Schädlinge. Als die großen Schwärme am 10. Mai vor der Hauptstadt auftauchten, wurden sie mit Kanonschüssen empfangen, und es gelang tatsächlich, durch das Artilleriefeuer große Verheerungen unter den Heuschrecken anzu-

richten und sie in das Tal zwischen Megiddo und Nazareth abzudrängen.

Bei früheren landwirtschaftlichen Katastrophen, die in diesem Land von den kleinen Schädlingen verursacht worden sind, begnügte man sich mit primitiver Hilfsmittel, suchte die Heuschrecken durch Trommeln, Gewehrschüsse, Blasen oder schwarze Tücher zu verjagen, verbrannte Teile der Schwärme mit Petroleum oder spritzte eine in Italien erprobte Teerlösung und errichtete Mände von Zinkblech um die bedrohten Felder. In Algier wurden mit großem Erfolg auch Flammenwerfer der französischen Armee im Kampf gegen die Heuschrecken verwendet. Eine einzige Ladung von 12 Litern rohen Oels reicht aus, um in einem Umkreis von 500 Quadratmetern alle vorhandenen Heuschrecken zu vernichten. Dagegen haben chemische Methoden und vor allem die Anwendung von Giftgasen keinen Erfolg gehabt. In Südafrika und Südamerika hat man sich zu internationalem Kampfverbünden zusammengeschlossen, um ohne Rücksicht auf Landesgrenzen Feldzüge gegen diese Tiere, die nur fünf Zentimeter lang sind, unternehmen zu können. Gerade Südafrika leidet allerdings besonders stark unter der schon in der Bibel erwähnten Heuschreckenplage; hat man dort doch im Jahre 1924 zwischen dem Orange- und dem Sambesifluß ganz gewaltige Heuschreckenschwärme beobachtet, von denen ein einziger eine Länge von 250 Kilometern aufwies. In Palästina hat man Heuschreckenzüge beobachtet, die an manchen Stellen des Landes in einer Breite von mehreren hundert Metern, Tier an Tier dicht aneinandergedrängt, mehrere Tage lang mit einer Geschwindigkeit von etwa vier Metern in der Minute vorüberzogen. Wird die Belästigung der Schädlinge auf einem Feld gründlich durchgeführt, so verpesten die toten Tiere unter Umständen längere Zeit die ganze Umgegend. Uebrigens kommen riesige Heuschreckenschwärme auch in Europa vor, z. B. in Südfrankreich, wo im Jahre 1920 Tag für Tag zwischen 12 und 30 Millionen dieser Insekten vernichtet wurden, und in Südrussland, das im Herbst 1926 von einer solchen Heimsuchung befallen wurde. In Deutschland nehmten Heuschreckenschwärme zwar niemals einen ähnlichen Umfang wie in wärmeren Ländern an; doch ist es keineswegs ausgeschlossen, daß besonders die östlichen Teile des Deutschen Reiches eines Tages wieder solche ungebetene Gäste erhalten. Freilich sind seit dem Jahre 1889, als Brandenburg und Westpreußen von kleineren Schwärmern bedroht wurden, keine Wanderheuschrecken mehr in Deutschland eingefallen. Doch sind aus dem Mittelalter dreißig schwere Heuschreckenkatastrophen bekannt, und im 18. Jahrhundert hatte besonders Schlesien viermal heftig unter dem unerwünschten Besuch der Heuschrecken zu leiden.

Interessantes aus aller Welt

Ein Tag, der 54 Stunden hat

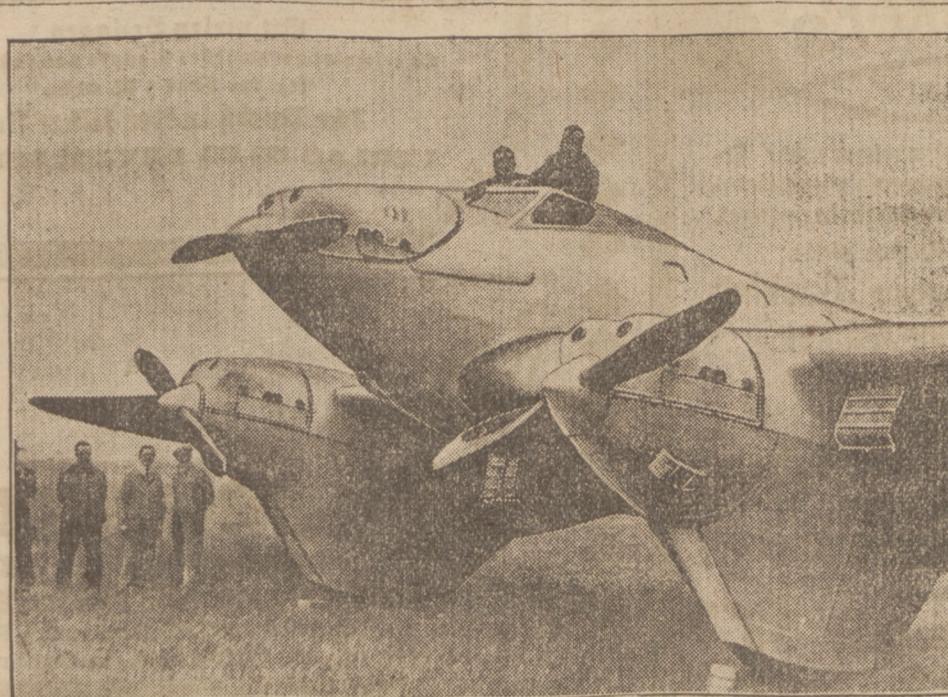
Der Fernsprechverkehr der deutschen Großstädte mit dem Ausland. Berlin spricht mit Wien täglich 54 Stunden.

Wien und Amsterdam an erster Stelle.

Der planmäßige Ausbau, den das deutsche Fernsprechverkehrsnetz in den letzten Jahren erfahren hat, brachte ganz selbstverständlich einen enormen Aufschwung des telephonischen Verkehrs mit sich. Ganz besonders nach dem Auslande wurden die Fernsprechverbindungen ganz erheblich verbessert. Die Zahl der Leitungen wurde vermehrt, durch die Legung von Kabeln, durch die Einführung der Multiplexsysteme, die es ermöglichen, daß auf der gleichen Leitung zu gleicher Zeit mehrere Gespräche geführt werden, gelang es, die Leistungsfähigkeit der großen internationalen Linien wesentlich zu steigern, was bereits dringend erforderlich geworden ist, da der Verkehr der Banken, der Börsenverkehr und der Verkehr der Presse an die Fernsprechverbindungen mit dem Ausland Anforderungen gestellt haben, die in der Zeit vor dem Kriege vollkommen unbekannt gewesen sind.

Die deutsche Reichspost ist freilich bestrebt, mit neuen Verbesserungen aufzuwarten — dazu gehört aber vor allem ein eingehendes Studium des augenblicklichen Verkehrs. Es ist von großer Wichtigkeit zu ermitteln, wie stark der Verkehr auf den einzelnen Leitungen ist, damit man in Erfahrung bringen kann, in welchen Relationen Verbesserungen erforderlich sind. So werden an gewissen Tagen die Gespräche bezw. die Gesprächsminuten gezählt, die zwischen den deutschen Großstädten und einzelnen großen Orten des Auslandes abgewickelt werden, und aus diesen Zahlen gewinnt man ein äußerst interessantes Bild, sogenannten einen Querschnitt des ganzen deutschen Auslandsverkehrs.

Den weitauß stärksten Verkehr weist freilich Berlin auf — schon aus dem Grunde, weil das Berliner Fernamt die Verbindungen auch für eine Reihe von anderen deutschen Dienststellen vermittelt.



Ein neues Transocean-Flugzeug

Der französische Flugzeugkonstrukteur René Couillet beabsichtigt, demnächst mit dem von ihm konstruierten Apparat (im Bilde) zu einem Fluge Paris-Newport zu starten.

Nach Berlin kommt an Intensität des Fernsprechverkehrs mit dem Auslande Hamburg, dann Frankfurt a. M., Köln, während Leipzig und München schon stark im Hintertreffen bleiben.

Berlin hat den stärksten Verkehr mit Wien. Täglich 3269 Minuten werden zwischen den beiden Städten gesprochen, also 54 Stunden und 29 Minuten. 54 Stunden innerhalb 24 Stunden! Es wäre ein Wunder, wenn die Lösung des Rätsels nicht so einfach wäre: Berlin verfügt natürlich über mehrere Leitungen nach der Donaustadt, und so wird es leicht verständlich, daß man in den 24 Stunden des Tages 54 Stunden mit Wien sprechen kann. An zweiter Stelle im Auslandsverkehr Berlins steht Amsterdam mit 2213 Minuten am Tage. Die Leitung nach Amsterdam wird besonders von den Banken und von der Börse in Anspruch genommen, und die Postverwaltung rechnet damit, daß zu den Zeiten der Olympischen Spiele der Verkehr mit Amsterdam sich zumindest verdoppeln, wenn nicht verdreifachen wird. Daß spezielle Veranstaltungen bei der Belastung der Telephonleitungen eine sehr große Rolle spielen, beweist übrigens das Beispiel von Genf. Während in normalen Zeiten der Verkehr zwischen Berlin und Genf etwa 300 Minuten am Tage beträgt,

wächst er auf das Doppelte an, wenn der Völkerbund tagt, und erreicht Ausmaße, daß er nicht mehr direkt abgewickelt werden kann, sondern die Leitungen nach Zürich zu Hilfe genommen werden müssen. An dritter Stelle steht Berlins Verkehr mit Paris: 2036 Minuten am Tage. Dann folgt gleich Prag mit 1969 Minuten, wobei aber eine erhebliche Anzahl auf das Konto anderer tschechischer Ortschaften fällt. Hinter Prag folgt London mit 1477 Minuten, dann Zürich mit 1318 Minuten, Kopenhagen mit 837, Warschau mit 821, Stockholm mit 773 und Budapest mit 684 Minuten. Am schwächsten ist der Verkehr Berlins mit Oslo — nur 277 Minuten am Tage werden mit der Hauptstadt Norwegens gesprochen — in der Hauptsache sind es Pressegespräche.

Interessant im Vergleich zu diesen Zahlen des deutschen Auslandsverkehrs dürften einige Zahlen der fremden Fernsprechverwaltungen sein, die in einer Zusammenstellung der internationalen Handelskammer enthalten sind.

Der stärkste Fernsprechverkehr in Europa wird danach zwischen London und Paris abgewickelt — 4120 Minuten am Tage, also mehr als das Doppelte des Verkehrs Paris-Berlin.

Zwischen Paris und Brüssel werden am Tage 3494 Minuten gesprochen, zwischen Paris und Zürich 1071 Minuten, zwischen Paris und Genf 1210 Minuten, während der Verkehr auf der neuen Leitung zwischen Wien und Paris mit 192 Minuten sehr schwach ist.

Im übrigen sollen die bestehenden Verbindungen zwischen den deutschen und ausländischen Großstädten bald weitere Ausdehnung erfahren; die jugoslawische Regierung hat sich entschlossen, zwischen Belgrad und der ungarischen Grenzstadt Szeged eine Kabelleitung zu legen, wodurch die Verbindung zwischen Berlin und Belgrad möglich sein wird, und weitere Kabellegungen auf dem Balkan sollen sogar die Verbindungen zwischen Berlin und Sofia, sowie Konstantinopel und Saloniki ermöglichen. Es wird nicht mehr lange dauern, und ganz Europa wird von einem Fernsprechnetz durchzogen werden, so daß es in absehbarer Zeit möglich sein wird, aus allen deutschen Großstädten alle Großstädte Europas telephonisch erreichen zu können.

Republik Polen

I nowroclaw. (Bestialischer Überfall!) Vor einigen Tagen trug sich, wie der „Kur. Bote“ meldet, auf dem beschworenen Gut Laskowo ein Vorfall zu, der als Folge der Hetzarbeit angesehen werden muß, die einerseits von kommunistischer, andererseits von nationalistischer Seite unter den Arbeitern betrieben wird. Auf dem genannten Gute hatten sich nämlich einige Arbeiter ihrem Vorgesetzten, dem Beamten Hagner, widergestellt, so daß dieser sich veranlaßt sah, energisch gegen sie vorzugehen. Es entpann sich daraus zwischen dem Beamten und den Arbeitern eine scharfe Auseinandersetzung, in deren Verlauf der Arbeiter Somojedny ein Messer zog, mit dem er sich auf den Beamten stürzte und ihm eine lebensgefährliche Halswunde beobachtete. Der Verletzte wurde sofort ins Krankenhaus gebracht. Polnische Blätter versuchen den Fall so darzustellen, als ob der Beamte den Arbeiter ohne Grund (!) tatsächlich angegriffen hätte, weshalb sich dieser in Besinnungslosigkeit mit dem Messer auf ihn warf. Anstatt die ruchlose Tat des Saßarbeiter entschieden zu verurteilen, versuchten diese Blätter dem Arbeiter als



Die Venus vom Broadway

Bei einem Schönheitswettbewerb in New York wurde festgestellt, daß unter 200 Bewerberinnen eine einzige, Fräulein Dionne du Verne, die Maie der Venus von Milo befand. Ihr wurde daraufhin der Ehrentitel einer „Venus vom Broadway“ verliehen.

Märtyrer darzustellen, an dem der deutsche Beamte seine ganze Wut ausläßt und ihn misshandelt, einzig und allein aus dem Grunde, weil jener Pole ist! Der „D. Kuj.“ knüpft an seinen Bericht über den Fall folgende Bemerkung an: „Unsere Behörden müßten daraus entsprechende Folgerungen ziehen. Die dem Polentum feindlichen „Schwaben“ müßten dahin belehrt werden, daß man in unserem Staate ohne Grund und Straflos einen polnischen Arbeiter nicht peinigen darf. Wenn sie in unserem Lande geblieben sind, so müssen sie lokale Bürger sein, widrigfalls müßte man sie ins „Vaterland“ abschieben, wo sie ihre eigenen Arbeitern mit Stöcken schlagen können.“ Auf diese Weise nutzt das Heftblatt den ganzen Zwischenfall, der mit Politik überhaupt nichts zu tun hat, für seine antideutsche Hetzarbeit aus und spricht nur dadurch die anderen Arbeiter an, auch so zu handeln, wie der Arbeiter Samojedny gehandelt hat. Daß dadurch nur dem Kommunismus Vorschub geleistet wird, liegt klar auf der Hand.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 422.

Sonnabend, 16.40: Vortrag. — 17.45: Kinderstunde. — 19.35: Vortrag. — 20.30: Operettenübertragung. — 22: Abendberichte.

Krakau — Welle 422.

Sonnabend, 12: wie vor. — 16.40: Vorträge. — 17.45: Stunde für die Allerkleinsten. — 19.35: Vortrag. — 20.30: Übertragung aus Warschau. — 22.30: Konzert, übertragen aus Kattowitz.

Posen Welle 344,8.

Sonnabend, 7: Morgengymnastik. — 13: Schallplattenkonzert. — 17.05: Für die Pfadfinder. — 17.45: Kinderstunde. — 19.15: Französischer Unterricht. — 19.35: Vorträge. — 20.30: Operette, übertragen aus Warschau. — 22.20: Verschiedene Berichte und Tanzmusik. — 24: Nachkonzert.

Warschau — Welle 1111,1.

Sonnabend, 16: Vorträge. — 17.45: Stunde für die Jugend, übertragen aus Krakau. — 19.35: Radioschron. — 20.30:

Operette von Robert Planquette. Anschließend die Abendberichte und Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 329,7

Allgemeine Tageseinteilung:

11.15: Wetterbericht. Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.15—12.55: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten*. 12.55: Naueners Zeitzeichen. 13.30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.45: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten und Funkwerbung*. 15.30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Presseberichten. 17.00: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht anschließend Funkwerbung*. 22.00: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Presseberichten, Funkwerbung* und Sportfunk. 22.15—24.00: Tanzmusik (Zwei- bis dreimal in der Woche).

* Auf der Hälfte des Programms der Schlesischen Funkstunde A-G.

Freitag, den 18. Mai, 16—16.30: Stunde und Wochenschau des Hausfrauenbundes Breslau, Berufsorganisation. — 16.30 bis 18: Unterhaltungskonzert. — 18—18.25: Schlesischer Verkehrsverband. — 18.25—18.50: Übertragung aus Gleiwitz: Wem Gott will rechte Kunst erweisen. — 19.25—19.50: Abt. Welt und Wanderung. — 19.50—20.15: Abt. Physik. — 20.30: Frühlingskonzert.

Sonnabend, den 19. Mai, 16—16.30: Aus Büchern der Zeit. — 16.30—18: Unterhaltungskonzert. — 18—18.20: Sportsleute vor dem Mikrophon. — 18.20—18.30: Zehn Minuten Esperanto. — 18.30—18.55: Übertragung vor der Deutschen Welle Berlin: Hans-Bredow-Schule. Abt. Sprachkurse. — 19.25—19.50: Abt. Medizin. — 19.50—20.15: Hans-Bredow-Schule. Abt. Sprachkurse. — 20.30: Hurt uff in Durje (eine schlesische Bauernhochzeit.) — 22: Die Abendberichte. — 22.30—24: Tanzmusik der Funkkapelle.

Veranstaltungskalender

Versammlungen des Bergarbeiterverbandes.

Schwientochlowiz. Sonntag, 20. Mai, vorm. 10 Uhr, beim Herrn Dulok. Referent zur Stelle.

Kattowitz. D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt halten am Freitag, den 18. Mai, abends 7½ Uhr, im Centralhotel, ihre Mitgliederversammlung ab. Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig. Mitgliedsbuch legitimiert, weil wichtige Abstimmungen.

Katowice. Ortsausschuß. Am Sonntag, den 20. Mai, vorm. 9 Uhr, im Centralhotelsaal Ortsausschusssitzung der freien Gewerkschaften. Erscheinen aller Delegierten dringend erwünscht.

Kattowitz. D. M. V. Am Sonnabend, den 19. Mai, nachmittags 7½ Uhr, findet im Centralhotel, Katowice, eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Aufstellung des Kandidaten zum 18. Verbandstag. 2. Verschiedenes. In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung (1. Punkt) ist vollzähliges und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder unabdingt Pflicht. Mitgliedsbuch legitimiert, ohne diesem kein Zutritt.

Dobr-Josefsdorf. Am 20. Mai, vormittags 10 Uhr, in Agneshütte Mitgliederversammlung der D. S. A. P. und der freien Gewerkschaften. Die Mitglieder aus Wenzlowitz sind dazu herzlich eingeladen. Ref. Sejmabg. Komoll.

Königshütte. Metallarbeiter! Am Sonntag, den 20. d. Ms., vorm. 10 Uhr, findet in Bismarckhütte bei Freital eine Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt.

Königshütte. Freidenker. Sonntag, den 20. Mai, vorm. 9½ Uhr, findet die fällige Monatsversammlung statt.

Pipin. Außerordentliche Generalversammlung des Maschinen- und Heizerverbandes. Am Freitag, den 18. Mai, abends 7 Uhr, findet bei Morawietz eine außerordentliche Generalversammlung statt, in welcher eine Neuwahl des Gesamtvorstandes vorgenommen wird. Kein Kollege darf fehlen.

Kostuchna. Am 20. Mai, nachmittags 3 Uhr, Mitgliederversammlung der D. S. A. P. und der freien Gewerkschaften bei Weiz. Ref. Sejmabg. Gen. Komoll.



PALMA
KAUTSCHUK - ABSATZ
UND - SOHLE
WETTERFEST - ELASTISCH -
HYGIENISCHE

Fay's ächte
Sodener Mineral-Pastillen
seit nahezu 40 Jahren bestens bewährt
gegen Husten, Heiserkeit und Verschleimung
in neuer hygienischer Verpackung (auch
mit Menthol-Zusatz)

Dr. Oetker's
Fabrikate

sind Glanzleistungen küchenchemischer Erfindungen und werden von erfahrenen Hausfrauen als Perlen im Küchenarschatz bezeichnet.

Die bekanntesten Marken sind:

- Dr. Oetker's Backpulver „Backin“
- Dr. Oetker's Vanillin-Zucker
- Dr. Oetker's Pudding-Pulver
- Dr. Oetker's „Gustin“
- Dr. Oetker's Milcheiweiß-Pulver
- Dr. Oetker's Rote Grütze
- Dr. Oetker's Einmache-Hülfe

u. s. w.

Dr. A. Oetker
Bielefeld.

Das Blatt der handarbeitenden Frau
Beyers Monatsblatt für

Handarbeit u. Wasche

Mit vielen Beilagen.
Es erscheint am 20. jedes Monats und kostet 75 pf.,
seit ins haus 5 pf. mehr.

Ihr Buchhändler führt sie!

VERLAG OTTO BEYER, LEIPZIG



DRUCKSACHEN
FÜR DEN GESCHÄFTSVERKEHR

Rechnungen, Quittungen, Briefbogen, Postkarten, Kovers, Kassablocks, Formulare fertigt in kürzester Frist

„VITA“ NAKŁAD DRUKARSKI
KATOWICE, ULICA KOŚCIUSZKI 29 - TELEFON 2097